

Freibadmodernisierung auf den Weg gebracht

Martin Himmelheber (him)

SCHRAMBERG (him) - Mit großer Mehrheit hat der Schramberger Gemeinderat beschlossen, das Freibad in Tennenbronn für etwa 5,2 Millionen Euro modernisieren und attraktiver gestalten zu lassen.

Dabei wird die „aktualisierte Variante 9“ Grundlage für die weitere Planung. Diese Variante, so Stadtwerkeleiter Peter Kälble, sei nach der Bürgerbeteiligung und nach Gesprächen zur Landesgartenschaubewerbung entstanden. „Wir haben den touristischen Aspekt verstärkt im Blick gehabt“, so Kälble.

Im April seien nämlich neue Förderrichtlinien für ein Tourismusinfrastrukturprogramm des Landes veröffentlicht worden. Bei Projekten, die einen Zuschuss bekommen sollen, müssten sich die Planer um Barrierefreiheit, Familienfreundlichkeit, den Erholungswert und die Lebensqualität bemühen. Mit einem offenen und barrierefreien Zugang, einem Panoramaweg vom Eingang zu den Becken, sanierten und erweiterten Terrassen und einer behindertengerechten Toilette in Beckennähe erfülle die neue Variante diese Bedingungen wesentlich besser.

Trotz höherer Ausgaben insgesamt wirtschaftlicher

Hinzu kommen sollen ein Windschutzpavillon, ein für die Badaufsicht günstiger angeordneter Kinderplanschbereich und eine Holzfassade am alten und neuen Technikbereich. Durch diese Maßnahmen sei es sehr viel wahrscheinlicher, dass die Stadt in den Genuss von bis zu 500.000 Euro Zuschuss komme, so Kälble. Außerdem rechnet er mit etwas höheren Besucherzahlen, sodass unter dem Strich die Wirtschaftlichkeit des Bades trotz der höheren Investitionen besser ausfallen werde als beim ursprünglichen Plan, der 4,6 Millionen Euro gekostet hätte.

Kälble schätzt, dass frühestens nach der Saison 2019, also im September nächstes Jahr, „die Bagger anrollen werden“. Wenn alles gut gehe, könne 2020 das Freibad wiedereröffnet werden.

Kosten verursachen bei etlichen Gemeinderäten Bauchschmerzen

Ralf Rückert (Freie Liste) sprach von einer „gelungenen Planung“. Der Standort Tennenbronn sei aber nicht zentral. Deshalb müsse der ÖPNV zum Freibad mit einer engen Taktung verstärkt werden. Jürgen Winter (CDU) erinnerte an den langen Planungsprozess von drei Jahren. Er bedauerte, dass die Kosten immer mehr gestiegen seien. Bei der Vielzahl von Projekten in den nächsten Jahren in Schramberg müsse die Stadt aufpassen, dass dabei nicht wieder ähnliches geschehe, „sonst kommen wir in eine Schieflage“.

CDU-Fraktionssprecher Clemens Maurer sprach von einem langen Prozess und intensiven Diskussionen. Die Kosten bereiten der CDU Schmerzen, aber das Planungsbüro, das auch das „badschnass“ auf dem Sulgen geplant habe, habe „bewiesen, dass sie es können“.

Tanja Witkowski, Sprecherin von SPD-Buntspecht, erinnerte daran, dass die ursprüngliche Zahl, die die Planer genannt hatten, bei vier bis fünf Millionen Euro lag. Die Obergrenze von 3,4 Millionen, die der Rat auf Vorschlag der CDU dann festgesetzt hatte, sei nicht realistisch gewesen. Der jetzige Plan sei zukunftsfähig. Es bleibe zu hoffen, dass es bei den 5,2 Millionen Euro bleibe.

Der fraktionslose Gemeinderat Jürgen Reuter meinte, eine Sanierung nur der Wasserhygienebedingungen wäre für 1,5 Millionen Euro zu haben gewesen. Bernd Richter, ÖDP, fand die ursprüngliche Planung „war nicht funktional. Die neuen Ideen werden dem Bad mehr Pfiff geben.“ Reinhard Günter, SPD-Buntspecht, widersprach Reuter: Geld nur dafür auszugeben, dass es funktioniert, sei nicht sinnvoll. „Dann müssten wir in ein paar Jahren wieder dran gehen.“

Uli Bauknecht von der CDU, lange Zeit einer der schärfsten Kritiker der größeren Umbaupläne, befand, die Pläne seien jetzt in Ordnung, es seien viele wichtige Dinge in die Pläne aufgenommen worden. „Jetzt machen wir was Richtiges.“ Sein Fraktionskollege Thomas Brantner erklärte, eigentlich sei bei ihm bei 4,6 Millionen Euro „Ende der Fahnenstange“ gewesen. Er gebe der Verwaltung nun aber einen Vertrauensvorschuss und hoffe, dass der Zuschuss kommt. „Ich gehe schweren Herzens mit.“

Oberbürgermeister Thomas Herzog betonte, eine Garantie für den Zuschuss gebe es nicht, die Verwaltung werde aber alles tun, damit er komme. Bei einer Gegenstimme und vier Enthaltungen votierte der Rat für diese Variante, für die das Planungsbüro nun die weiteren Planungsschritte einleiten kann.